

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 48 (2024)
Heft: 1

Rubrik: Ein trauriges Kapitel ist noch nicht abgeschlossen ; Offener Brief an Bundesrätin Baume-Schneider : es war ein kultureller Genozid!

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein trauriges Kapitel ist noch nicht abgeschlossen



Der Leiter der Pro-Juventute-Aktion, Alfred Siegfried, bringt Kinder in ein Heim. Aus der Reportage einer Illustrierten. (Foto Hans Staub / Fotostiftung Schweiz)

Offener Brief an Bundesrätin Baume-Schneider

Es war ein kultureller Genozid!

Zürich, 8. Januar 2024

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider

Wir gelangen namens der Gemeinschaft der Jenischen und Sinti in der Schweiz mit einem Wunsch und einer Forderung an Sie, die vielen unserer Familien ein Herzensanliegen ist. Wir bitten Sie um die politische Anerkennung der Familienzerreissungen durch die Aktion «Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute als kulturellen Völkermord.

Wir erlauben uns, unser Anliegen zu begründen:

1. Jenische und Sinti sind eine transnationale europäische Volksgruppe. Sie leben seit Jahrhunderten in der Schweiz, wo sie als nationale Minderheiten anerkannt sind.
2. Im 20. Jahrhundert wurden Jenische und Sinti in der Schweiz verfolgt durch die Aktion «Kinder der Landstrasse», welche Kinder den Eltern wegnahm, Familien zerriss, Jugendliche und Erwachsene unter dem Titel der Vagantität internierte, sterilisiert, quälte. Hunderte Kinder wurden ihren Eltern weggenommen, die Zahl ist bis heute nicht definitiv geklärt. Unter dem Einfluss der Pro Juventute wurden weitere staatliche, kirchliche und zivile Organisationen tätig. Wir übernehmen die in der Fachdebatte kursierende Zahl von insgesamt 2000 Kinder, die ihren Eltern weggenommen wurden. Die Pro Juventute war eine vom Bund unterstützte Stiftung. Ihre Aktionen richteten sich nicht gegen sozial bedürftige Menschen, sondern gegen die Jenischen und Sinti insgesamt. Es ging darum, die nächsten Generationen von der Kultur und den Traditionen der Eltern abzuschneiden. Das Programm hatte 1926 eingesetzt, die Aktion «Kinder der Landstrasse» musste 1973 nach starkem öffentlichem Druck eingestellt werden. Die Verfolgung hat sich auf alle Familien der Jenischen und Sinti ausgewirkt und wirkt bis heute nach.
3. Der Bund hat die Stiftung und die Verfolgungsaktionen und Vernichtungsversuche mitgetragen. Der Gesamtbundesrat beschloss Bundessubventionen für die Aktion «Kinder der Landstrasse», was vom Parlament 1930 befürwortet wurde. Bundesrat Heinrich Häberlin war von 1924 bis 1937 Präsident des Stiftungsrates von Pro Juventute. In dieser Funktion half er mit, die Verfolgung der Jenischen zu propagieren. In einer Broschüre der Aktion «Kinder der Landstrasse» bezeichnete er 1927 die «Korberfamilien» als

einen «dunklen Fleck in unserm auf seine Kulturordnung so stolzen Schweizerlande», den es zu beseitigen gelte. Bis in die 1990er-Jahre war jeweils ein Bundesrat Präsident der Organisation, was der Pro Juventute einen halboffiziellen Status verlieh.

Der Bund hat seine Beteiligung grundsätzlich anerkannt: Bundesrat Alfons Egli entschuldigte sich 1986 bei einer Debatte über Stiftungen vor dem Nationalrat für die Kindeswegnahmen der «Aktion Kinder der Landstrasse» und für die Beteiligung des Bundes an der dafür zentral federführenden Organisation, der Stiftung Pro Juventute.

Opfer haben limitierte Entschädigungen erhalten, historische Untersuchungen wurden in Auftrag gegeben. Aber eines wurde nicht getan: Es wurde nicht auf Regierungsebene Bilanz gezogen.



Machtmissbrauch: Mit welchem Recht greift hier der Pro-Juventute-Angestellte Alfred Siegfried mit seiner Assistentin in den Mund eines jesischen Kindes? (Foto Hans Staub / Fotostiftung)

4. Die Bilanz heisst: Es war ein kultureller Genozid. Dieser Meinung sind jensische Organisationen und Einzelpersonen, die dieses Schreiben unterzeichnen. Wir stützen uns rechtlich auf die Auffassung der Strafrechtlerin und Universitätsprofessorin Nadja Capus, die das öffentlich feststellt. Diesem Schreiben liegt ein Interview mit der Juristin bei. («Das erfüllt den Tatbestand des Völkermords», Interview mit Nadja Capus, «Beobachter», 1. April 2022.)

5. Die Unterzeichnenden fordern vom Bundesrat, namentlich von der neuen Vorsteherin des Departementes des Innern EDI, sowie vom Parlament, dass sie die Verfolgungen der Jenischen und Sinti durch die Aktion «Kinder der Landstrasse» per Beschluss als kulturellen Genozid bezeichnen: Die Schweiz muss zu dem stehen, was sie getan und gefördert hat, und sie muss sich auf Seite der Opfer stellen, die darunter gelitten haben. Zu den Opfern gehören nicht nur alle die einzelnen Betroffenen, sondern auch ihre Nachkommen, ihre Angehörigen, die Familien, das ganze Volk der Jenischen und Sinti. Die Schweiz muss die Geschichte

verarbeiten, sie muss Schlussfolgerungen daraus ziehen, sie muss vor allem die Würde der Jenischen und Sinti respektieren. Die Anerkennung als Genozid ist die notwendige Bilanz.

6. Wir sind bereit, uns mit einer Vertretung des Bundes zu treffen und uns im Gespräch über diese Fragen auszutauschen.

Der kulturelle Genozid hat das jenische Volk auf Jahrzehnte beschädigt. Der Bundesrat muss den Schritt zur Benennung der Tat als «kulturellen Genozid» machen.

Unterzeichnet

Radgenossenschaft der Landstrasse
Daniel Huber

Schäft Qwant
Venanz Nobel

Jenisch-Manisch-Sinti JMS
Albert Barras

Weitere Personen,

die am eigenen Leib betroffen sind, weil sie selbst verfolgt wurden oder weil die Mutter oder der Vater und weitere Verwandte verfolgt wurden:

Genuveva Graff, alt Präsidentin der Radgenossenschaft,

Ursula Gruber, alt Stiftungsrätin «Zukunft für Schweizer Fahrende»

Isabella Huser, Schriftstellerin

Christian Mehr, Musiker

Der Brief wird zudem unterstützt von

Naschet Jenische, Uschi Waser

Eva Moser

Carmen Al-Zein